

27.03.2019

## Kleine Anfrage 2225

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

### **Automatische Steigerung („Indexierung“) des Rundfunkbeitrags – Wie positioniert sich die Landesregierung?**

Die Landesregierung hatte sich in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage von Dezember (Drs. 17/4657) in der Frage einer möglichen zukünftigen Indexierung von Rundfunkbeiträgen nicht eindeutig positioniert und auf weitere Beratungen im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 21. März dieses Jahres verwiesen.

Inzwischen wurde bekannt, dass in dieser Runde ein Indexmodell favorisiert werde. So berichtete z.B. der Kölner Stadt-Anzeiger am 22. März:

*„Mehrere Modelle stehen zur Diskussion, laut der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) wird ein Indexmodell favorisiert. Doch entschieden sei noch nichts. Bis Juni diesen Jahres soll ein endgültiger Vorschlag stehen.“*

Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) erklärte dem Merkur, dass er für ein Indexmodell sei, bei dem die Rundfunkgebühren zukünftig parallel zu den Verbraucherpreisen steigen sollen.

Bisher legte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) den Ministerpräsidenten regelmäßig einen Vorschlag vor, über den diese einstimmig befinden mussten.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Ministerpräsident in der Frage der zukünftigen Ausgestaltung des Festlegungsverfahrens für den Rundfunkbeitrag positioniert?
2. Stellt eine Indexierung nicht einen Abbau demokratischer Kontrollinstrumente dar?
3. Wie soll trotz automatischer Beitragsanpassung sichergestellt werden, dass die Rundfunkanstalten sparsam mit den Beitragseinnahmen umgehen?

Datum des Originals: 25.03.2019/Ausgegeben: 28.03.2019

4. Wurden im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz mögliche Sparmaßnahmen bei den Rundfunkanstalten erörtert?
5. War das sogenannte „Framing-Manual“ der ARD Gegenstand der Verhandlungen?

Sven W. Tritschler